
Das Görlitzer Programm von 1921 und das Heidelberger Programm von 1925

Zusammenfassung

Der SPD war in der Weimarer Republik die Rolle der Staatspartei zugefallen. Wollte sie Macht und Einfluss im Staat gewinnen, so musste sie Koalitionen mit bürgerlichen Parteien eingehen und versuchen, neue Wählerschichten zu gewinnen. Das auf dem Görlitzer Parteitag 1921 beschlossene neue Parteiprogramm überwand die marxistische Dogmatik des Erfurter Programms von 1891 und bedeutete einen beachtlichen Vorstoß der SPD auf dem Weg von der "proletarischen Klassenpartei" zur "linken Volkspartei". Im Heidelberger Programm von 1925 überwog hingegen wieder die klassenkämpferische und marxistische Diktion. Das lag zum einen daran, dass die SPD ideologisch Rücksicht auf die stärker links stehende Unabhängige Sozialdemokratie (USPD) nehmen musste, mit der sie sich 1922 wiedervereinigt hatte. Zum anderen ist die neuerliche programmatische Neuausrichtung als ein Reflex auf die sich verschärfenden sozialen Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik zu verstehen.

Einführung

Der Beschluss zur Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms fiel auf dem Kasseler Parteitag der SPD im Oktober 1920. Das Erfurter Programm von 1891, dessen allgemeiner Teil der damalige Chefideologe der SPD, Karl Kautsky, in enger Anlehnung an das 24. Kapitel des Marxschen "Kapital" ausformuliert hatte, galt als nicht mehr zeitgemäß und wurde der neuen Rolle der SPD als Staatspartei nicht mehr gerecht. Einen grundsätzlichen Wandel der SPD von der Klassen- zur Volkspartei hatten die Initiatoren des neuen Parteiprogramms freilich zunächst nicht beabsichtigt. Den "Mutterboden" der Partei wollte man ausdrücklich nicht verlassen. Das zeigte sich bereits an der personellen Besetzung der Programmkommission. Der "Revisionist" Eduard Bernstein, der noch vor der Jahrhundertwende Zweifel an der im Erfurter Programm prognostizierten gesellschaftlichen Entwicklung weg von Kleinbetrieben hin zu kapitalistischen Großbetrieben geäußert hatte, war nicht in das 7-köpfige Gremium berufen worden. Dessen Vorsitz hatte der Parteiveteran Hermann Molkenbuhr übernommen, der schon an der Ausarbeitung des Gothaer Programms von 1875 und des Erfurter Programms mitgearbeitet hatte. Molkenbuhr, einer der profiliertesten Sozialpolitiker der SPD und überzeugter Befürworter einer Koalitionspolitik, stand für Kontinuität.

Dass Bernstein dann doch noch als *Spiritus rector* des allgemeinen Teils des Programms eine wichtige Rolle spielte, dürfte koalitionsstrategische Gründe gehabt haben. Die SPD hatte sich im Mai 1921 entschlossen, in die Regierung Wirth (Zentrum) einzutreten, nachdem sie noch auf dem Kasseler Parteitag die Sozialisierung der dafür reifen Industriezweige als unumstößliche Vorbedingung für den Eintritt in eine bürgerliche Koalition postuliert hatte. Ein Festhalten am Klassenkampfdogma schien mit der Realität der Koalitionspolitik nicht vereinbar.

Die Abkehr von alten Parteipositionen war dann auch der Hauptgrund dafür, dass ein von der Programmkommission im Juli 1921 vorgelegter erster Entwurf beißender Kritik verfiel. Dass Begriffe wie "Arbeiterklasse" und "Klassenkampf" im

Programmwurf nicht vorkamen, dass die Sozialisierung nicht mehr zu den Zielen der Partei gehören sollte, empörte nicht nur den linken Flügel der Partei. Auch der spätere SPD-Parteivorsitzende Kurt Schumacher, der sich beredt für den Eintritt der SPD in die Regierung Wirth eingesetzt hatte, fand es "schmerzlich", dass das Wort "Klassenkampf" im Programmwurf fehlte. Darüber hinaus war er ungehalten darüber, dass weder ein Konzept der Wirtschaftsdemokratie entworfen noch eine sozialistische Staats- und Rechtslehre entwickelt worden war.

Die allermeisten dieser Kritikpunkte versuchte die Programmkommission zu berücksichtigen. In einer überarbeiteten Vorlage erklärte sie die "Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft" zum Ziel. Außerdem, so hielt die Programmkommission fest, sei der "Klassenkampf der Arbeiterklasse und der sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftsschichten" unumgänglich für ihre "wirtschaftliche Befreiung und kulturelle Hebung".

Obwohl der Programmkommission, die auf dem Görlitzer Parteitag eingesetzt wurde, auch linke Kritiker wie Max Seydewitz und Heinrich Stroebel angehörten, wurden diese Zielsetzungen innerhalb der Partei wiederum als zu radikal empfunden und zurückgenommen. Den "Klassenkampf" stufte das Gremium daraufhin zum historischen Faktum herab. Andere strittige Programmpunkte hingegen ließ man bei der Suche nach Kompromissen offen, wie sich bei der Formulierung "Überführung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in die Gemeinwirtschaft" zeigte. Dieses Postulat blieb absichtlich vage, da die Programmkommission sich "selbst nicht darüber klar war, was unter Gemeinwirtschaft zu verstehen" sei.

Mit diesen bissigen Worten kommentierte Heinrich Ströbel, der auf dem Parteitag die Einwände der Kritiker des Programmwurfs formulierte, den überarbeiteten Entwurf. Während Ströbel einen "erkennbaren Weg für die Sozialisierung" vermisste, warnte der Chefredakteur des "Vorwärts", Friedrich Stampfer, vor einem "neuen Utopismus" und der Gefahr einer "Sozialisierungsprophetie". Damit gestand er freilich auch ein, dass die SPD noch immer nicht über eine präzise Vorstellung von einer sozialistischen Wirtschaftsordnung verfügte, obwohl es keiner wagte, den Sozialismus als Ziel sozialdemokratischer Politik in Frage zu stellen. Nur Bernstein wünschte, dass dem Wort Sozialismus das Adjektiv "demokratisch" vorangestellt werde.

Für die Mehrheit der Parteitagsteilnehmer hatte ganz offensichtlich die Sozialisierungsforderung nur noch untergeordnete Bedeutung. Im zweiten Teil des Programms, in dem die aktuellen Tagesforderungen aufgelistet waren, wurde die Sozialisierung zumindest eingeschränkt auf die Überführung von "Grund und Boden", der "Bodenschätze" sowie der "natürlichen Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen", in den "Dienst der Volksgemeinschaft".

Das Görlitzer Programm, das am 23. September 1921 vom Parteitag gegen fünf Stimmen verabschiedet wurde, ging als "Sieg der Revisionisten" in die Geschichte der Sozialdemokratie ein. Erstmals präsentierte sich die SPD nicht mehr als proletarische Klassenpartei, sondern als linke Volkspartei, als "Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land", die alle "körperlich und geistig Schaffenden" "zur Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus" vereinigen wollte.

Der Umstand, dass kein anderes SPD-Programm der Weimarer Republik so um eine Öffnung der Partei bemüht war wie das Görlitzer, sollte jedoch nicht zu verschnellen Schlüssen verleiten. Anders als in der Forschung zuweilen zu lesen, war das Görlitzer Programm nicht unmittelbarer Vorläufer und Vorbild des 1959 verabschiedeten Godesberger Programms, das erst den Wandel der SPD von einer Klassenpartei zu einer modernen Volkspartei markierte.

Das Görlitzer Programm ist auch als eine Reaktion auf die Inflationszeit zu verstehen. Eine Verelendung nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Mittelschichten, deren Lebensbedingungen auf "proletarische" herabzusinken drohten, stellte in den Jahren der massiven Geldentwertung eine reale Gefahr dar und war keineswegs nur ein der marxistischen Ideologie entlehntes Schreckgespenst.

Dass den Mittelschichten ein Statusverlust prophezeit wurde, dürfte freilich nicht ausschlaggebend dafür gewesen sein, dass sie überwiegend ablehnend auf das Görlitzer Programm reagierten. Die Milieugrenzen, die sich während der Revolutionszeit etwas gelockert hatten, verfestigten sich wieder. Der Brückenschlag zwischen Arbeiterschaft und Mittelschichten konnte so nicht gelingen. Aber auch an der SPD-Parteibasis begegnete man dem Görlitzer Programm mit größten Reserven. Die Mehrheit der einfachen Parteimitglieder verstand die SPD nach wie vor als umfassende Lebens- und Lagergemeinschaft, die sich gegen die bürgerliche Außenwelt abzuschotten und nicht mit dem "Klassengegner" zu kooperieren hatte.

Eine längere Auseinandersetzung mit dem ungeliebten Programm blieb der Parteibasis ohnehin erspart, denn es sollte das "kurzlebigste Programm in der Geschichte der Sozialdemokratie" (Miller) bleiben. Es wurde nur wenig später durch ein Aktionsprogramm ersetzt. Dieses Papier bereitete die im September 1922 vollzogene Wiedervereinigung der SPD mit der Unabhängigen Sozialdemokratie (USPD) vor, die sich im April 1917 im Streit über die Bewilligung von Kriegskrediten von der Partei abgespalten hatte. Aus Rücksichtnahme gegenüber der weiter links stehenden USPD wies das Aktionsprogramm dem Klassenkampfgedanken in Anknüpfung an das Erfurter Programm wieder einen zentralen Stellenwert zu. Das Aktionsprogramm war dann der Ausgangspunkt für das 1925 verabschiedete Heidelberger Programm.

Das Heidelberger Programm gilt in der Forschung als der "ideologische Preis, den die Mehrheitssozialdemokratie für die Wiedervereinigung mit den Unabhängigen zahlte" (H. A. Winkler). Diese Interpretation greift jedoch zu kurz. In der Zeit der Hyperinflation und der sich daran anschließenden Stabilisierungskrise hatten sich die sozialen Auseinandersetzungen in einem Maße verschärft, dass der Klassenkampf wieder ein Stück Realität wurde. Insbesondere bei der Reichstagswahl im Mai 1924 hatte die SPD zahlreiche Wählerstimmen an die KPD verloren. Nicht zuletzt aus diesem Grund musste es der Sozialdemokratie auch darum gehen, die "proletarischen" Wähler wieder für sich zu gewinnen. Zudem hatten Zentrum und DDP, die möglichen Koalitionspartner der SPD, schon 1922 erklärt, dass sie eine Koalition mit den Sozialdemokraten nur dann eingehen würden, wenn diese dort die Rolle des Juniorpartners spielten. Schranken wurden somit auch von bürgerlicher Seite aufgebaut.

Dem Heidelberger Programm lag ein Entwurf Karl Kautskys, des Vaters des Erfurter Programms, zugrunde, der zunächst mit der Programmarbeit betraut worden war. Der zum Chefideologen der SPD avancierte Finanztheoretiker Rudolf Hilferding vermochte es jedoch nach Kautskys Wegzug nach Wien, der Vorlage als "einigender Mann in der Mitte" seinen Stempel aufzudrücken. Damit war das in Heidelberg verabschiedete Programm mehr als ein neuer Aufguss des Erfurter Programms. Es knüpfte zwar wieder an den historischen Materialismus an. So deklarierte das Programm die Zurückdrängung des Kleinbetriebs durch den "kapitalistischen Großbetrieb" zu einer "inneren Gesetzmäßigkeit". Zugleich schwor es aber der marxistischen Verelendungstheorie ab. Hilferdings Theorie des "organisierten Kapitalismus", nach der die Produktionsmittel in der Hand einer "kleinen Kapitalistenoligarchie" monopolisiert würden, ging in das Programm ebenso ein wie

seine 1910 veröffentlichten Thesen über die Vorherrschaft des Finanzkapitals. In anderen Punkten konnte Hilferding seine Vorstellungen allerdings nur bedingt oder gar nicht durchsetzen. Seine auf dem Heidelberger Parteitag ins Zentrum seiner Rede gestellte Forderung nach Wirtschaftsdemokratie, die 1928 von den Freien Gewerkschaften zum Programm erhoben wurde, fand nur im Aktionsprogramm und dort auch nur in rudimentärer Form Berücksichtigung. So war dort von der "Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätessystems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft" die Rede. Im allgemeinen Teil des Programms wurde hingegen die "Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum" zum Ziel erklärt.

Die Freien Gewerkschaften hatten den im ursprünglichen Programmentwurf erhobenen Führungsanspruch der Partei gegenüber den Gewerkschaften, der Kautskys Auffassung des Primats der Partei gegenüber den Gewerkschaften entsprach, moniert und eine Streichung der entsprechenden Passagen erreicht.

Insgesamt hatte sich innerhalb der SPD aber nur wenig Widerspruch gegen den Programmentwurf geregt. Grundsätzliche Kritik war auf dem Parteitag allein von dem früheren Kommunistenchef Paul Levi gekommen. Der wünschte sich eine Rückkehr zu den Grundsätzen des Erfurter Programms und lehnte jegliche Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien ab. Selbst die Verfechter des Revisionismus, die sich in Görlitz durchgesetzt hatten, erhoben keinen Protest gegen das neue Programm. Innerhalb der Partei wurde es kaum diskutiert und "gegen ganz wenige Stimmen" in Heidelberg verabschiedet.

Das mag daran gelegen haben, dass die konkreten Tagesforderungen des Aktionsprogramms sich kaum von denen unterschieden, die bereits im Görlitzer Programm aufgelistet worden waren. Der Schutz der demokratischen Republik, der Kampf gegen die "Klassenjustiz", die Abschaffung der Todesstrafe, die Sicherung des Koalitions- und Tarifrechts, der Umbau der Sozialversicherung zu einer allgemeinen Volksfürsorge, die Erhaltung des Achtstundentages, die Trennung von Schule und Kirche sowie die Ausgestaltung des Völkerbundes zu einem Instrument der Friedenspolitik standen 1921 wie 1925 auf der Agenda. Im Heidelberger Programm wurde allerdings zusätzlich, ausgehend von Hilferdings Imperialismustheorie, die "Bildung der Vereinigten Staaten von Europa" verlangt. Der Dualismus zwischen Theorie und Praxis, der für die SPD des Kaiserreichs geradezu kennzeichnend gewesen war, trat im neuen Programm wieder deutlich hervor.

So zugespitzt die klassenkämpferische Diktion des Heidelberger Programms auch war, man wird der Forschung nicht vorbehaltlos folgen können, die das 1925 verabschiedete neue SPD-Programm als eine Rückkehr der SPD ins "soziale Ghetto" (Braun) wertet. Denn zum einen hatte das Görlitzer Programm bei den Mittelschichten keine Resonanz gefunden. Zum anderen verstellte das Heidelberger Programm nicht den Weg der Koalitionspolitik. Indem dort die Eroberung der politischen Macht zum Königsweg erklärt wurde, war es der SPD verwehrt, unter Berufung auf das neue Programm wieder in die alte Rolle der geborenen Oppositionspartei zu schlüpfen. So war es gerade Hilferding, der auf dem Kieler Parteitag 1927 in einer programmatischen Rede, aufbauend auf seiner Theorie des "organisierten Kapitalismus" und in Fortführung der Grundsätze des Heidelberger Programms, der Koalitionspolitik der SPD eine neue Legitimierung und Dignität geben sollte und so den linken Koalitionsgegnern eine Niederlage bereitete.

Petra Weber

Quellen- und Literaturhinweise

Braun, B., Hermann Molkenbuhr (1851-1927). Eine politische Biographie, Düsseldorf 1999.

Cunow, H., Der revidierte Programmentwurf, in: Die Neue Zeit 39 Jg. Nr. 24 vom 9.9.1921.

Cunow, H., Zur Kritik des Programmentwurfs, in: Die Neue Zeit 39 Jg. Nr. 21 vom 19.8.1921.

Dowe, D., Klotzbach, K. (Hg.), Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Bonn, 4. überarbeitete Aufl. 2004.

Miller, S., Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Bonn 1978.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Görlitz vom 18. bis 24. September 1921, Berlin 1921.

Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1925.

Stephan, C. (Hg.), Zwischen den Stühlen oder über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis. Schriften Rudolf Hilferdings 1904 bis 1940, Bonn 1982.

Winkler, H.A., Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1924 bis 1930, Berlin 1987.

Winkler, H.A., Klassenbewegung oder Volkspartei? Zur sozialdemokratischen Programmdebatte 1920-1925, in: Geschichte und Gesellschaft 8 (1982), S. 9-54.

Winkler, H.A., Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Bonn 1983.

Das Görlitzer Programm der SPD von 1921

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist *die Partei des arbeitenden Volkes* in Stadt und Land. Sie erstrebt die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind, zu gemeinsamen Erkenntnissen und Zielen, zur Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus.

Die *kapitalistische Wirtschaft* hat den wesentlichen Teil der durch die moderne Technik gewaltig entwickelten *Produktionsmittel* unter die Herrschaft einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Großbesitzern gebracht, sie hat breite Massen der *Arbeiter* von den Produktionsmitteln getrennt und in besitzlose Proletarier verwandelt. Sie hat die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert und einer kleinen, in Überfluß lebenden Minderheit weite Schichten entgegengestellt, die in Not und Elend verkümmern. Sie hat damit den *Klassenkampf* für die Befreiung des Proletariats zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur sittlichen Forderung gemacht.

Der *Weltkrieg* und die ihn abschließenden Friedensdiktate haben diesen Prozeß noch verschärft. Sie haben die *Konzentration der Betriebe* und des Kapitals beschleunigt, die Kluft zwischen *Kapital und Arbeit*, Reichtum und Armut erweitert. In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Angliederungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrustungen eingesetzt. Während rücksichtsloses Gewinnstreben eine neue Bourgeoisie von Kriegslieferanten und Spekulanten emporhob, sanken kleine und mittlere Besitzer, Gewerbetreibende, Scharen geistiger Arbeiter, Beamte, Angestellte, Künstler, Schriftsteller, Lehrer, Angehörige aller Art der freien Berufe zu proletarischen Lebensbedingungen hinab. *Korruption des öffentlichen Lebens*, wachsende Abhängigkeit der bürgerlichen Presse von übermächtigen Wirtschaftsdiktatoren, die auf diese Weise den Staat unter ihre Botmäßigkeit zu bringen versuchen, sind unausbleibliche Folgen.

Die Entwicklung zum Hochkapitalismus hat das Streben nach Beherrschung der Weltwirtschaft durch imperialistische Machterweiterung noch gesteigert. Sie hat

ebenso wie die unbefriedigende Lösung der nationalen und wirtschaftlichen Weltprobleme durch die geltenden Friedensverträge die *Gefahr neuer blutiger Konflikte* heraufbeschworen, die den Zusammenbruch der menschlichen Kultur herbeizuführen drohen.

Zugleich hat der Weltkrieg *morsche Herrschaftssysteme hinweggefegt*. Politische Umwälzungen haben den Massen die *Rechte der Demokratie* gegeben, deren sie zu ihrem sozialen Aufstieg bedürfen. Eine gewaltig erstarkte *Arbeiterbewegung*, groß geworden durch die ruhmvolle opferreiche Arbeit von Generationen, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner. Mächtiger denn je erhebt sich der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats, durch Schaffung einer zwischenstaatlichen Rechtsordnung, eines wahren *Bundes gleichberechtigter Völker*, die Menschheit vor neuer kriegerischer Vernichtung zu schützen. Diesem Willen den Weg zu weisen, den notwendigen Kampf der schaffenden Massen zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Sozialdemokratische Partei ist entschlossen, zum Schutz der errungenen Freiheit das Letzte einzusetzen. *Sie betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform*, jeden Angriff auf sie als ein Attentat auf die Lebensrechte des Volkes.

Die Sozialdemokratische Partei kann sich aber nicht darauf beschränken, die Republik vor den Anschlägen ihrer Feinde zu schützen. Sie kämpft um die Herrschaft des im freien Volksstaat organisierten Volkswillens über die Wirtschaft, um die *Erneuerung der Gesellschaft im Geiste sozialistischen Gemeinsinns*. Die Überführung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in die Gemeinwirtschaft und darüber hinaus die fortschreitende Umformung der *gesamten* kapitalistischen Wirtschaft zur *sozialistischen, zum Wohle der Gesamtheit betriebenen Wirtschaft* erkennt sie als notwendige Mittel, um das schaffende Volk aus den Fesseln der Kapitalherrschaft zu befreien, die Produktionserträge zu steigern, die Menschheit zu höheren Formen wirtschaftlicher und sittlicher Gemeinschaft emporzuführen.

In diesem Sinne erneuert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihr im Erfurter Programm niedergelegtes Bekenntnis: Sie kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die *Abschaffung der Klassenherrschaft* und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Sie führt diesen Kampf in dem Bewußtsein, daß er das Schicksal der Menschheit entscheidet in nationaler wie in internationaler Gemeinschaft, in Reich, Staat und Gemeinde, in Gewerkschaften und Genossenschaften, in Werkstatt und Haus.

Für diesen Kampf gelten die folgenden Forderungen:

Wirtschaftspolitik.

Grund und Boden, die Bodenschätze sowie die natürlichen Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Volksgemeinschaft zu überführen. Gesetzliche Maßnahmen gegen die Extensivierung oder das gänzliche Unbenutztlassen landwirtschaftlicher Bodenflächen oder deren Verschwendung zu privaten Luxuszwecken. Kontrolle des Reichs über den kapitalistischen Besitz an Produktionsmitteln, vor allem über die Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts. Fortschreitender Ausbau der Betriebe des Reichs, der Länder und der öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung unter Vermeidung der Bürokratisierung. Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Genossenschaften. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätessystems zu einer Vertretung der sozialen und wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Sozialpolitik.

Einheitliches Arbeitsrecht. Sicherung des Koalitionsrechts. Wirksamer Arbeiterschutz: Gesetzliche Festlegung eines Arbeitstages von höchstens acht Stunden, Herabsetzung dieser Arbeitszeit in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Leben und Gesundheit. Äußerste Einschränkung der Nachtarbeit für Männer. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche. Verbot der Arbeit von Frauen und Jugendlichen in besonders gesundheitsschädlichen Betrieben, sowie an Maschinen mit besonderer Unfallgefahr. Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder. Überwachung aller Betriebe und Unternehmungen. Eine wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden. Jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Unterstützung aller Bestrebungen zur Beseitigung der Übelstände der Heimarbeit und ihre Aufhebung, wo es ohne schwere wirtschaftliche Schädigung der Heimarbeiter möglich ist. Umbau der sozialen Versicherung zu einer allgemeinen Volksfuersorge. Auf diesen Grundlagen Förderung des internationalen Arbeiterschutzes.

Allgemeines Recht der Frauen auf Erwerb.

Sicherung und Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten.

Planmäßige, den sozialen Bedürfnissen der Arbeiterklasse angepaßte Bevölkerungspolitik. Besondere Fürsorge für kinderreiche Familien.

Finanzen.

Sicherung und Weiterbildung der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, ihre Anpassung an die Wertveränderungen und an die Leistungsfähigkeit des werbenden Kapitals.

Erbrecht des Reichs bei entfernteren Verwandtschaftsgraden, Pflichtteil des Reichs, abgestuft nach der Zahl der Erben. Wirksame Verfolgung der Steuerhinterziehung und Kapitalflucht. Schonung der Arbeitskraft und Belastung jedes verschwenderischen Überverbrauchs. Beteiligung der öffentlichen Gewalten am Vermögen der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen.

Verfassung und Verwaltung.

Sicherung der demokratischen Republik. Festigung der Reichseinheit. Ausbau des Reichs zum organisch gegliederten Einheitsstaat. Selbstverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungskörpern gesetzlich organisierten Gemeindeverbände (Kreise, Bezirke, Provinzen). Überordnung der demokratischen Volksvertretung über die berufsständischen Organisationen. Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen. Vollständige verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller über 20 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft und der Religion.

Gemeindepolitik.

Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land, sowie eines einheitlichen Gemeindevertreterkörpers. Initiative und Volksabstimmung in den Gemeinden. Unterstellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindevertretung. Wahl der Bürgermeister auf Zeit. Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommunaleinheiten. Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinde, Beseitigung des Bestätigungsrechtes der Aufsichtsbehörden für Gemeindeorgane. Reichsgesetzliche Freigabe der kommunalen Sozialisierung[.]

Rechtspflege.

Überwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung. Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft. Kampf gegen Klassenjustiz,

entscheidende Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz. Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis, volkstümliche Gesetzessprache. Zusammensetzung des Richterstandes aus allen Volksklassen, Mitwirkung der Frauen in allen Justizämtern. Neuordnung des juristischen Bildungsganges in sozialistischem Geiste. Übertragung der gesamten Justiz auf das Reich. Berufung in Strafsachen[.] Reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs. Schutz- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsstrafrecht. Abschaffung der Todesstrafe.

Kultur- und Schulpolitik

Recht aller Volksgenossen an den Kulturgütern. Oberstes Erziehungsrecht der Volksgemeinschaft.

Religion ist Privatsache, Sache innerer Überzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache: Trennung von Staat und Kirche.

Ausgestaltung der Schule zur weltlichen Einheitsschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lernmittel und der Verpflegung in den Schulen.

Umwandlung der Schulen in Lebens- und Arbeitsgemeinschaften der Jugend mit weitgehender Selbstverwaltung. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter. Mitarbeit pädagogisch hervorragend begabter Laien, verantwortliche Mitwirkung der Eltern an der Schulerziehung und Schulaufsicht durch Elternräte.

Erziehung des heranwachsenden Menschen in der Familie, in der Schule und der freien Jugendbewegung zum bewußten Glied der sozialen Volks- und Menschheitsgemeinschaft, zu den Idealen der Republik, der sozialen Pflichterfüllung und des Weltfriedens.

Jugendhilfe (als selbständiges, öffentliches Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen), beginnend mit dem werdenden Kind und endend mit dem Eintritt der Volljährigkeit.

Bildungsstätten für erwachsene Volksgenossen als freie Arbeitsgemeinschaften zum Aufbau einer lebendigen Volkskultur.

Völkerbeziehungen und Internationale.

Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens.

Ein Völkerbund, der kein die Völkerbundsatzungen anerkennendes Volk ausschließt und in dem die Parlamente aller Länder durch Delegierte nach der Stärke der Parteien vertreten sind. Ausbau des Völkerbundes zu einer wahrhaften Arbeits-, Rechts- und Kulturgemeinschaft. Entscheidung aller internationalen Streitigkeiten durch ein internationales Gericht. Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts. Völkerrechtlicher Schutz aller nationalen Minderheiten nach dem Grundsatz vollkommener Gegenseitigkeit. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes, Herabsetzung der Wehrmacht in allen Staaten auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten und die Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen des Völkerbundes erfordert. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes. Durchführung des Grundsatzes der Offenen Tür für alle wirtschaftlichen Austauschgebiete. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.

Revision des Friedensvertrages von Versailles im Sinne wirtschaftlicher Erleichterung und Anerkennung der nationalen Lebensrechte.

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Heidelberg (1925)

Die ökonomische Entwicklung hat mit innerer Gesetzmäßigkeit zum Erstarken des kapitalistischen Großbetriebes geführt, der in Industrie, Handel und Verkehr immer mehr den Kleinbetrieb zurückdrängt und seine soziale Bedeutung verringert. Mit der immer stärker werdenden Entfaltung der Industrie wächst die industrielle Bevölkerung ständig im Verhältnis zur landwirtschaftlichen. Das Kapital hat die Massen der Produzenten von dem Eigentum an ihren Produktionsmitteln getrennt und den Arbeiter in einen besitzlosen Proletarier verwandelt. Ein großer Teil des Grund und Bodens befindet sich in den Händen des Großgrundbesitzes, des natürlichen Verbündeten des Großkapitals. So sind die ökonomisch entscheidenden Produktionsmittel zum Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten geworden, die damit die wirtschaftliche Herrschaft über die Gesellschaft erhalten.

Zugleich wächst mit dem Vordringen der Großbetriebe in der Wirtschaft Zahl und Bedeutung der Angestellten und Intellektuellen jeder Art. Sie üben in dem vergesellschafteten Arbeitsprozeß die Leitungs-, Überwachungs-, Organisations- und Verteilungsfunktionen aus, sie fördern durch wissenschaftliche Forschung die Produktionsmethoden. Mit dem Anwachsen ihrer Zahl verlieren sie immer mehr die Möglichkeit des Aufstiegs in privilegierte Stellungen und ihre Interessen stimmen in steigendem Maße mit denen der übrigen Arbeiterschaft überein.

Mit der Entwicklung der Technik und der Monopolisierung der Produktionsmittel wächst riesenhaft die Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber Großkapital und Großgrundbesitz suchen die Ergebnisse des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses für sich zu monopolisieren. Nicht nur den Proletariern, sondern auch den Mittelschichten wird der volle Anteil an dem materiellen und kulturellen Fortschritt vorenthalten, den die gesteigerten Produktivkräfte ermöglichen.

Ununterbrochen sind im Kapitalismus Tendenzen wirksam, die arbeitenden Schichten in ihrer Lebenshaltung zu drücken. Nur durch steten Kampf ist es ihnen möglich, sich vor zunehmender Erniedrigung zu bewahren und ihre Lage zu verbessern. Dazu gesellt sich hochgradige Unsicherheit der Existenz, die stets drohende Arbeitslosigkeit. Diese wird besonders qualvoll und erbitternd in Zeiten der Krisen, die jedem wirtschaftlichen Aufschwung folgen und in der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise begründet sind.

Das kapitalistische Monopolstreben führt zur Zusammenfassung von Industriezweigen, zur Verbindung aufeinanderfolgender Produktionsstufen und zur Organisierung der Wirtschaft in Kartelle und Trusts. Dieser Prozeß vereinigt Industriekapital, Handelskapital und Bankkapital zum Finanzkapital.

Einzelne Kapitalisten werden so zu übermächtigen Beherrschern der Wirtschaft, die nicht nur die Lohnarbeiter, sondern die ganze Gesellschaft in ihre ökonomische Abhängigkeit bringen.

Mit der Zunahme seines Einflusses benutzt das Finanzkapital die Staatsmacht zur Beherrschung auswärtiger Gebiete als Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Stätten für Kapitalsanlagen. Dieses imperialistische Machtbestreben bedroht die Gesellschaft ständig mit Konflikten und mit Kriegsgefahr. Doch mit dem Druck und den Gefahren des Hochkapitalismus steigt auch der Widerstand der stets wachsenden Arbeiterklasse, die durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst, sowie durch stete Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei geschult und vereint wird. Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen den kapitalistischen Beherrschern der Wirtschaft und den Beherrschten. Indem die Arbeiterklasse für ihre eigene Befreiung kämpft, vertritt sie das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol. Eine gewaltig erstarkte Arbeiterbewegung,

groß geworden durch die opferreiche Arbeit von Generationen, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner gegenüber. Mächtiger denn je erhebt der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats, durch Schaffung einer internationalen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor kriegerischer Vernichtung zu schützen.

Das Ziel der Arbeiterklasse kann nur erreicht werden durch die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion wird bewirken, daß die Entfaltung und Steigerung der Produktivkräfte zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger Vervollkommnung wird. Dann erst wird die Gesellschaft aus der Unterwerfung unter blinde Wirtschaftsmacht und aus allgemeiner Zerrissenheit zu freier Selbstverwaltung in harmonischer Solidarität emporsteigen.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihren ökonomischen Kampf nicht führen und ihre wirtschaftliche Organisation nicht voll entwickeln ohne politische Rechte. In der demokratischen Republik besitzt sie die Staatsform, deren Erhaltung und Ausbau für ihren Befreiungskampf eine unerläßliche Notwendigkeit ist. Sie kann die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Der proletarische Befreiungskampf ist ein Werk, an dem die Arbeiter aller Länder beteiligt sind. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen. Dauernde Wohlfahrt der Nationen ist heute nur erreichbar durch ihr solidarisches Zusammenwirken.

Die Sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, für gleiche Rechte und Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von dieser Anschauung ausgehend, bekämpft sie nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen ein Volk, eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. In ständigem Ringen und Wirken auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet strebt sie zu ihrem Endziel.

Aktionsprogramm

Verfassung.

Die demokratische Republik ist der günstigste Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus. Deshalb schützt die Sozialdemokratische Partei die Republik und tritt für ihren Ausbau ein. Sie fordert:

Das Reich ist in eine Einheitsrepublik auf Grundlage der dezentralisierten Selbstverwaltung umzuwandeln. Auf dem organisch neu zu gliedernden Unterbau der Gemeinden und Länder erhebt sich eine starke Reichsgewalt, die in Gesetz und Verwaltung die für eine einheitliche Führung und den Zusammenhalt des Reiches notwendigen Befugnisse besitzt.

Ausdehnung der unmittelbaren Reichsverwaltung auf die Justiz: Alle Gerichte werden Gerichte des Reichs. Für die Sicherheitspolizei sind im Wege der Gesetzgebung einheitliche Grundsätze aufzustellen. Eine einheitliche Reichskriminalpolizei ist zu schaffen.

Abwehr aller monarchistischen und militaristischen Bestrebungen, Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik.

Vollständige Verwirklichung der verfassungsmäßigen Gleichstellung aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion und des Besitzes.

Verwaltung.

Ziel der sozialdemokratischen Verwaltungspolitik ist die Ersetzung der aus dem Obrigkeitsstaat übernommenen polizeistaatlichen Exekutive durch eine Verwaltungsorganisation, die das Volk auf Grundlage der demokratischen Selbstverwaltung zum Träger der Verwaltung macht. Darum wird gefordert:

Demokratisierung der Verwaltung.

Reichsgesetzliche Vereinheitlichung der Länderverwaltung.

Die Grundsätze der Verwaltung bestimmt das Reich. Die Durchführung obliegt den Selbstverwaltungskörpern, soweit es sich nicht um Angelegenheiten handelt, die wegen ihrer zentralen Natur der unmittelbaren Verwaltung durch das Reich bedürfen. Den örtlichen und provinziellen Besonderheiten ist im Wege der Rahmengesetzgebung Spielraum zu lassen.

Ein reichsrechtliches Landesverwaltungsgesetz regelt gleichmäßig für alle Länder die Gliederung und die Zuständigkeit der staatlichen Verwaltungsbezirke und der Verwaltungsorgane.

Eine Reichsgemeindeordnung hat für Gemeinden und Gemeindeverbände (Landgemeinden, Städte, Kreise, Provinzen) einheitliches Recht zu schaffen. Das Einkammersystem ist für alle Selbstverwaltungskörper durchzuführen. Die Wahl der Bürgermeister ist auf Zeit festzusetzen. Die Selbstverwaltungskörper erledigen die Geschäfte ihres Verwaltungsbereiches im Rahmen der Reichs- und Landesgesetze selbständig und unter eigener Verantwortung. Für Fragen von allgemeinem öffentlichen Interesse sind Volksbegehren und Volksabstimmung in den Gemeinden einzuführen.

Die Reichskontrolle über die Verwaltung, insbesondere der Schutz des Staatsbürgers gegen die in seine Rechtssphäre eingreifenden Verwaltungsakte, ist durch unabhängig im Instanzenweg gegliederte Verwaltungsgerichte zu gewährleisten. Das Reichsverwaltungsgericht hat gleichzeitig die Aufgabe eines Oberverwaltungsgerichts in allen Landessachen.

Durch ein Reichskommunalisierungs- und ein Reichsenteignungsgesetz sind den Gemeinden und Gemeindeverbänden die für die Durchführung und Ausdehnung der kommunalen Gemeinwirtschaft erforderlichen Befugnisse und Machtmittel einzuräumen. Die Form der Verwaltung ist so zu gestalten, daß einerseits die Betriebe in ihrer Wirtschaftsführung von bürokratischen Fesseln befreit werden, andererseits aber das unbeschränkte Bestimmungsrecht der öffentlichen Körperschaften gewahrt bleibt.

Für alle Beamten und Angestellten der öffentlichen Körperschaften ist ein einheitliches Dienstrecht zu schaffen, das Auswahl, Stellung, Beförderung, Interessenvertretung und Schutz nach demokratischen und sozialen Gesichtspunkten ordnet.

Justiz.

Die Sozialdemokratische Partei bekämpft jede Klassen- und Parteijustiz und tritt ein für eine mit sozialem Geiste erfüllte Rechtsordnung und Rechtspflege unter entscheidender Mitwirkung gewählter Laienrichter in allen Zweigen und auf allen Stufen der Justiz.

Insbesondere fordert sie:

Im bürgerlichen Recht Unterordnung des Vermögensrechtes unter das Recht der

sozialen Gemeinschaft, Erleichterung der Ehescheidung, Gleichstellung der Frau mit dem Manne, Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen.

Im Strafrecht größeren Schutz der Person und der sozialen Rechte, Ersetzung des Vergeltungsprinzips durch das Prinzip der Erziehung des einzelnen und des Schutzes der Gesellschaft. Abschaffung der Todesstrafe.

Im Strafprozeß Wiederherstellung der Schwurgerichte und Ausdehnung ihrer Zuständigkeit insbesondere auf politische und Pressvergehen, Zulassung der Berufung in allen Strafsachen, Beseitigung aller die Verteidigung beeinträchtigenden Bestimmungen.

Im Untersuchungsverfahren Schutz des Inhaftierten gegen behördliche Übergriffe, Verhaftung, außer im Falle der Ergreifung auf frischer Tat, nur auf Grund richterlichen Befehls, mündliche Verhandlung über Haftbeschwerde.

Im Strafvollzug reichsgesetzliche Regelung im Geiste der Humanität und des Erziehungsprinzips.

Sozialpolitik.

Der Schutz der Arbeiter, Angestellten und Beamten und die Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen erfordern:

Schutz des Koalitions- und Streikrechts. Gleiches Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit. Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

Gesetzliche Festlegung eines Arbeitstages von höchstens acht Stunden, Verkürzung dieser Arbeitszeit für Jugendliche und in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Gesundheit und Leben. Einschränkung der Nacharbeit. Wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 24 Stunden. Jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes.

Die Sorge für die Erledigung von Notstandsarbeiten bleibt ausschließlich den Gewerkschaften überlassen.

Bekämpfung der Mißstände der Heimarbeit mit dem Ziel ihrer völligen Beseitigung unter weitgehender Fürsorge für die Betroffenen.

Überwachung aller Betriebe und Unternehmungen durch die Gewerbeinspektion, die unter Heranziehung von Arbeitern und Angestellten als Beamte und als Vertrauenspersonen zu einer Reichseinrichtung auszubauen ist.

Sicherung der Rechtsgültigkeit der Tarifverträge und Hilfeleistung bei ihrem Abschluß durch die Schlichtungsbehörden.

Selbständige Arbeitsgerichte, die losgelöst sind von der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Einheitliches Arbeitsrecht.

Vereinheitlichung der sozialen Versicherung bis zu ihrem Umbau zu einer allgemeinen Volksfürsorge. Einbeziehung der Arbeitsunfähigen und Erwerbslosen.

Umfassende, vorbeugende, heilende und vorsorgende Maßnahmen auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt, insbesondere der Erziehungs-, Gesundheits- und Wirtschaftsfürsorge, einheitliche, reichsrechtliche Regelung der Wohlfahrtspflege, die die Mitwirkung der Arbeiterklasse in ihrer Durchführung sicherstellt.

Förderung der internationalen Verträge und Gesetzgebung.

Kultur- und Schulpolitik.

Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Aufhebung des Bildungsprivilegs der Besitzenden.

Erziehung, Schulung und Forschung sind öffentliche Angelegenheiten; ihre Durchführung ist durch öffentliche Mittel und Einrichtungen sicherzustellen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel, wirtschaftliche Versorgung der Lernenden.

Die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung, Bildung und Forschung sind weltlich. Jede öffentlich-rechtliche Einflußnahme von Kirche, Religions- und

Weltanschauungsgemeinschaften auf diese Einrichtungen ist zu bekämpfen, Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Schule und Kirche, weltliche Volks-, Berufs- und Hochschulen. Keine Aufwendung aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke.

Einheitlicher Aufbau des Schulwesens, Herstellung engster Beziehungen zwischen Werkarbeit und geistiger Arbeit auf allen Stufen.

Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter. Einheitliche Lehrerbildung auf Hochschulen.

Finanzen und Steuern.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert eine grundlegende, umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Quellenbesteuerung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgebaut ist.

Insbesondere:

Weiterbildung der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer.

Gleichmäßige und einheitliche Steuerveranlagung mit Offenlegung der Steuerlisten.

Wirksame Verfolgung der Steuerhinterziehung, insbesondere durch obligatorische Buch- und Betriebsprüfung.

Steuerfreiheit für ein soziales Existenzminimum. Stärkste Schonung des Massenverbrauchs. Beseitigung der Umsatzsteuer.

Beteiligung der öffentlichen Gewalten am Vermögen und an der Verwaltung der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen.

Wirtschaftspolitik.

Im Kampfe gegen das kapitalistische System fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen.

Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätessystems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften.

Kontrolle des Reiches über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts.

Förderung der Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft. Förderung des Siedlungswesens.

Abbau des Schutzzollsystems durch langfristige Handelsverträge zur Herstellung des freien Güterausstauschs und des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Nationen.

Ausbau der Betriebe des Reichs, der Länder und der öffentlichen Körperschaften unter Vermeidung der Bürokratisierung.

Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Genossenschaften und gemeinnützigen Unternehmungen.

Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues, öffentlich-rechtliche Gestaltung des Mietrechts, Bekämpfung des Bauwuchers.

Internationale Politik.

Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in gemeinsamen Aktionen mit den Arbeitern aller Länder gegen imperialistische und faschistische Vorstöße und für die Verwirklichung des Sozialismus.

Sie tritt mit aller Kraft jeder Verschärfung der Gegensätze zwischen den Völkern und jeder Gefährdung des Friedens entgegen.

Sie fordert die friedliche Lösung internationaler Konflikte und ihre Austragung vor obligatorischen Schiedsgerichten.

Sie tritt ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für das Recht der Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung.

Sie widersetzt sich der Ausbeutung der Kolonialvölker, der gewaltsamen Zerstörung ihrer Wirtschaftsformen und ihrer Kultur.

Sie verlangt die internationale Abrüstung.

Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.

Sie fordert die Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument der Friedenspolitik.

Faksimile

Die 24 Faksimile werden nicht mit ausgedruckt.

Quelle: http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0004_spd.pdf

Datum: 20. September 2011 um 00:59:30 Uhr CEST.

© BSB München
